

Wenn-jeder Genosse sich verantwortlich fühlt. *

Trotz dieser beachtlichen Erfolge, die auf der Wahlkreis-konferenz deutlich sichtbar geworden waren, ergab die Einschätzung der Gesamtmitgliederversammlung, daß die politische Kraft im Wohngebiet noch nicht voll ausgenutzt und eingesetzt wird. Diese Feststellung trifft für die anderen Stadtbezirke Berlins in gleichem Maße zu. Es sind von den Parteiorganisationen noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um weitere Bevölkerungsschichten in die Mitarbeit einzubeziehen. Die Ursachen liegen darin, daß in der Arbeit der Parteileitungen und Parteiorganisationen ernste Schwächen in der Durchsetzung der führenden Rolle der Partei in der Nationalen Front bestehen. Es gibt fast keine Parteiorganisation, gemeint sind besonders die Betriebsparteiorganisationen, die alle Parteimitglieder für die Verwirklichung des Politbüro-Beschlusses mobilisiert hätten. Zwar wurden die Wahlkreis-konferenzen vom Standpunkt der Sicherung des Auftretens einer starken Betriebsdelegation von den Betriebsparteiorganisationen vorbereitet und unterstützt, wie es das Beispiel aus dem VEB Goldpunkt zeigt. Jedoch die grundsätzliche Auseinandersetzung in der Mitgliederversammlung über die Mitarbeit der Genossen in der Nationalen Front, über die politisch-ideologische Vorbereitung der Wahlkreis-konferenz im Betrieb und im Wohngebiet, blieb aus. Nur ein kleiner Kreis von aktiven Genossen beschäftigte sich mit der Vorbereitung der Wahlkreis-konferenz.

Auch die Parteiorganisationen des Staatsapparates haben ungenügend dafür gesorgt, daß die Abgeordneten und Mitarbeiter des Staatsapparates auf der Grundlage der Stadtbezirkspläne das Wesen und die Rolle des Gesetzes zur Vereinfachung und Vervollkommnung der Arbeitsweise des Staatsapparates erläuterten. Auf der Wahlkreis-konferenz zeigte es sich, daß sie keine genauen Vorstellungen davon hatten, wie man durch die vielfältigsten Möglichkeiten die bewußte Teilnahme der Bevölkerung an der Lösung der staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben sichert. Es gibt zwar einige gute Beispiele, besonders bei der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms durch die Einbeziehung der neuen Mieter. Schon bei Baubeginn übten diese in der Hausgemeinschaft die Kontrolle über das Bageschehen aus* und nahmen selbst durch freiwillige Arbeitsleistungen daran teil. Jedoch zögern im allgemeinen die Staatsfunktionäre, besonders auch auf den anderen Gebieten solche neuen Formen der engen Beziehungen zwischen Staat und Werktätigen herzustellen und ihnen einen neuen Inhalt zu geben. Sie verstehen nicht, mit der Verwirklichung ihrer Aufgaben die Ausschüsse der Nationalen Front zu aktivieren. Sie treten noch zu sehr als Administrator auf und mißachten dadurch die erzieherische Funktion des Staates beim Aufbau des Sozialismus.

Die Genossen der Wohnbezirksparteiorganisation haben bereits gespürt, wie sehr solche Auseinandersetzungen fehlen. Es gibt eine ganze Reihe Genossen, die wohl bereit sind, im Wohngebiet politisch zu wirken, aber nicht in ihrem eigenen Wohnhaus aufzutreten. Sie sagen: „Gebt mir lieber ein anderes Haus, wo ich nicht so bekannt bin.“ Grund genug für die Parteiorganisationen, die Auseinandersetzung in der Mitgliederversammlung zu führen. Weil diese Auseinandersetzung fehlt, gibt es in den meisten Parteiorganisationen auch keine genauen Festlegungen und Beschlüsse, die das ständige politische Auftreten aller Genossen im Wohngebiet sichern. Es fehlt an genauen Parteaufträgen für ihre Mitarbeit in der Nationalen Front und an der Kontrolle, wie die Partei-